

INTERNATIONAL

STAAT AM ENDE

Wer profitiert von den blutigen Kämpfen im Zentrum des Ölstaats Nigeria?

11**AVANTI COOPERATIVE!**

Reisen Sie mit der WOZ in ein unbekanntes Italien: in das der solidarischen Ökonomie.

13**MICHAEL FOOT (1913–2010)**

Die Labour-Rechten haben den belesenen Linken belächelt. Jetzt ist seine Politik wieder aktuell.

14 DIESSEITS UND JENSEITS

Kurdistans Hoffnung: Seit ihrer Gründung vor drei Jahren hat die säkulare politische Bewegung Goran im Nordirak einen fulminanten Aufstieg hingelegt – auch in der Stadt Sulaimania.

FOTO: YAHYA AHMED, KEYSTONE

IRAK Mit der Parlamentswahl vom Wochenende hat sich das Land etwas weiter in Richtung Demokratie bewegt. Doch der Irak bleibt von Armut, Korruption und ethnischen Konflikten geprägt. Ein Streifzug durch den kurdischen Norden.

Nur noch fremde Gurken

Von Karin Leukefeld, Said Sadik

Said Sadik ist eine Kleinstadt in der Provinz Sulaimania im kurdischen Nordirak. Umgeben von mächtigen Bergmassiven, erstreckt sich zwischen der gleichnamigen Provinzhauptstadt und dem rund siebzig Kilometer südöstlich gelegenen Halabdscha eine fruchtbare Ebene, die in der Frühlingssonne in saftigem Grün erstrahlt.

Der Ort liegt am Fusse unvermittelt aufragender Felsen, die iranische Grenze liegt gleich nebenan. Said Sadik ist ein Verkehrsknotenpunkt. Von hier aus zweigen Strassen in alle Himmelsrichtungen ab. Vieh und Getreide, Obst und Gemüse, Baumaterial und Textilien aller Art werden gehandelt, an Werktagen herrscht reges Treiben.

Doch Said Sadik sei längst kein Umschlagplatz für lokale Produkte mehr, sagt Gemüsehändler Bakr Mahmud, der seit vier Jahren einen kleinen Laden besitzt. «Die Gurken kommen aus Syrien, die Auberginen und Paprika aus der Türkei, die Äpfel aus dem Iran, die Mandarinen aus Jordanien, die Bananen aus Mittelamerika.» Und dann fügt er lachend hinzu: «Nur ich bin aus Kurdistan – und die Kartoffeln kommen aus dem Irak.»

Was Gemüsehändler Mahmud erzählt, ist typisch für den heutigen Irak, rund sieben Jahre nach der US-geführten Invasion. Nicht nur in den kurdischen Provinzen des Nordirak, auch in Bagdad und den südlichen Städten bis nach Basra haben ausländische Waren die lokalen Produkte verdrängt. Das bestätigt auch Abdul Hussein al-Hakim, Agrarökonom im Planungsstab

des Landwirtschaftsministeriums in Bagdad. Die nationale Produktion liege darnieder. Ob Viehzucht oder Getreide, Obst oder Gemüse, kein Agrarprodukt könne dem ausländischen Import standhalten. «Milch, Käse, Eier, sogar Hühner werden aus Brasilien importiert», seufzt al-Hakim, «und das, wo wir landesweit doch riesige Hühnerfarmen hatten.» Auch die Elektrogeräte kämen aus China. Die seien zwar einigermassen erschwinglich, qualitativ aber nicht die besten.

Baumaterial würden die Türkei und der Iran liefern. Und nicht nur das: Die beiden Länder versorgten den Irak inzwischen auch mit Benzin, Heizöl und Strom, sagt al-Hakim. In Bagdad liefert

das nationale Stromnetz meist nicht mehr als sechs Stunden pro Tag Strom. Für den Rest des Tages kaufen die Leute Strom von Besitzern privater Generatoren und bezahlen dafür monatlich bis zu dreissig US-Dollar.

Ein Araber unter KurdInnen

An Strom und Benzin mangelt es auch im kurdischen Norden. Die Regionalregierung des kurdischen Autonomiegebiets beliefert die AutofahrerInnen hier jede Woche mit einer begrenzten Menge subventionierten Benzins. Wer mehr braucht, kauft das Benzin an Tankstellen und auf dem Schwarzmarkt – allerdings zum doppelten Preis. Auch in Said Sadik werden sorgfältig aufgestapelte Benzinkanister zum Verkauf angeboten. Die Qualität des Inhalts lässt jedoch oft zu wünschen übrig. «Manchmal mischen sie Wasser in das Benzin, oder es ist verschmutzt», sagt Ali Kaschkool. Kaschkool ist IT-Experte und arbeitet zudem nebenbei als Taxifahrer. 2006 floh er vor der Gewalt und der Arbeitslosigkeit in Bagdad nach Dubai, wo er kurze Zeit später wieder ausgewiesen wurde. Dann versuchte er sein Glück im indischen Bombay, bis er schliesslich nach Sulaimania kam, wo er nun gemeinsam mit der Familie seines Bruders im Haus seiner Mutter lebt. Kaschkools Mutter ist Kurdin, sein Vater Araber.

Oft fühlt sich Kaschkool hier im kurdischen Norden als Fremder. Seine Kenntnisse der kurdischen Sprache sind dünn, entsprechend stösst er bei den Leuten oft auf Ablehnung. «Sie sprechen nicht besonders gut», sagt ein junger Mann zu ihm, als Kaschkool ihn

nach dem Namen des Mannes fragt, der auf dem Marktplatz als Denkmal verewigt ist. Ali nimmt die Stichelei gelassen und sagt lachend: «Ja, ich komme aus Bagdad.»

Der Name des Mannes auf dem Sockel sei Walid Diwani, sagt der junge Mann dann. Der Dichter habe nur eines im Kopf gehabt, beginnt er zu erzählen: «Er dachte immer nur an seine Geliebte Schem.» Geschichten über Figuren wie

«Wir haben genug von diesen religiösen Parteien, das muss ein Ende haben.»

Suha al-Turahi, ehemalige Diplomatin

Diwani lieben KurdInnen und AraberInnen gleichermassen. Endlos ist die Zahl der Lieder, die von Frauen handeln und die Heimat besingen, die Berge, Flüsse und Blumen. Auch auf dem Markt in Said Sadik trällert die Musik ununterbrochen aus den Marktständen und verpasst dem ärmlichen Ort mit seiner vom Regen aufgelösten Strasse an diesem Frühlingstag ein fröhliches Gesicht.

Leinen mit farbigen Wimpeln hängen kreuz und quer über der Strasse: Vor einigen Tagen wurde im Irak gewählt. Während in Bagdad die Plakate gleich nach der Wahl entfernt wurden, scheint sich in den abgelegenen

kurdischen Orten niemand darum zu kümmern. Offizielle Ergebnisse werden in einigen Tagen erwartet – doch die Bildung der Regierung könnte Monate dauern.

Das Schlagwort der zweiten irakischen Parlamentswahl war «Change» – Wechsel. «Kein Iraker will die Politiker wiedersehen, die unser Land in den letzten Jahren heruntergewirtschaftet haben und sich selber bereicherten», sagt die frühere Diplomatin Suha al-Turahi aus Bagdad. «Hätte ich gewählt, so hätte ich meine Stimme einem Christen mit säkularem Programm gegeben.» Die Tochter eines schiitischen Vaters und einer kurdischen Mutter ist verzweifelt: «Wir haben genug von diesen religiösen Parteien, das muss ein Ende haben.» Doch wie viele andere auch konnte die Siebzigjährige nicht wählen. Wegen des strikten Fahrverbots am Wahltag konnte sie das Quartier ihres Elternhauses, wo sie noch immer angemeldet ist, nicht erreichen.

Drei Jahrzehnte Kriegszustand

Während ihrer Schulzeit in den fünfziger Jahren, sagt al-Turahi, habe ihre Familie Tür an Tür mit irakischen Jüdinnen und Christen gelebt. Die Religionszugehörigkeit habe damals keine Rolle gespielt. Heute würden sich alle gegenseitig bekämpfen: Schiitinnen, Sunniten und Christinnen, Araber und Kurdinnen. Al-Turahi hat in Beirut studiert, trat später in den diplomatischen Dienst ihres aufstrebenden Landes ein, das während Jahren eine fortschrittliche Politik verfolgte. 1990, im Jahr als der damalige Präsident Saddam Hussein Kuwait

→ Seite 10

INTERNATIONAL

HAITI Diese Woche treffen sich die Chefs der US-Sicherheitsindustrie in Miami – um ihre Söldnerdienste in Haiti zu koordinieren und zu vermarkten.

Erdbeben, das sichere Geschäft

Von Lotta Suter, Boston

Die grössten Erdstösse in Haiti vom 12. Januar 2010 waren kaum verebbt, da sicherte sich die in Florida ansässige US-Sicherheitsfirma All Protection and Security geistesgegenwärtig die Internetadresse Haiti-Security.com. Auf dieser Website preist das Unternehmen nun seinen professionellen Schutz vor Vandalismus und Plünderung auf der erdbebengeschädigten Insel an. Im Angebot sind unter anderem: die Beendigung von akuten Bedrohungslagen, die Niederschlagung von Arbeiteraufständen und bewaffnete Warentransporte. Alle Angestellten der Sicherheitsfirma hätten Polizei- oder Militärerfahrung, wird der werten Kundschaft – Wirtschaftsunternehmen, aber auch Regierungsstellen und nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) – versprochen. Und im Gegensatz zur restlichen, weniger krisenfesten US-Wirtschaft hat Haiti-Security.com sogar offene Stellen vorzuweisen.

Die totale Marktwirtschaft

All Protection and Security ist bloss eine von vielen Sicherheitsfirmen in den USA, die gegenwärtig von Haitis Unglück profitieren wollen. International Peace Operations Association (Ipoa), der mächtige Interessenverband der US-Sicherheitsfirmen, organisierte bereits Mitte Januar einen eigenen Haiti-spezifischen Internetauftritt. Und diese Woche werden die Söldnerdienste der Ipoa-Mitglieder an einer Haiti-Hilfekonferenz in Miami vermarktet.

Katastrophen wie das Erdbeben in einem armen, politisch instabilen Land sind für die privaten US-Sicherheitsunternehmen ein gutes Geschäft. Die 100-Milliarden-Dollar-Wirtschaftsbranche, die sich in den US-Kriegen im Irak und in Afghanistan an exponentielle Wachstumsraten gewöhnt hat, strebt auch in Zukunft nach grossen und immer grösseren Aufträgen. Sicherheitsfirmen haben deshalb ein geschäftliches Interesse an der Dramatisierung und Aufrechterhaltung jedes Ausnahmezustandes.

Deregulierung ist das oberste ideologische Gebot der neoliberalen Marktwirtschaft – und was gibt es Dereguliertes

als das nackte Chaos eines Krieges oder einer Katastrophe? Die Sicherheitsindustrie ist ein Musterbeispiel für Naomi Kleins These vom Vormarsch der marktradikalen «Schock-Strategie».

Die totale Rechtlosigkeit

«Das Letzte, was Haitianer und Haitianerinnen zurzeit brauchen, sind noch mehr Leute ohne Verantwortung, aber mit einem Gewehr in der Hand», sagt der US-Journalist Jeremy Scahill zum Einsatz von Privatsicherheitskräften im Katastrophengebiet. Im hurrikangeschädigten New Orleans hatte Scahill 2005 gesehen, wie die Söldner der Sicherheitsfirma Blackwater die schwarze Bevölkerung terrorisierten. In Kampfform und mit Sturmgewehren bewaffnet, patrouillierten sie auf den Strassen, besetzten nach Gutdünken Wohnungen als Beobachtungsposten und schossen mehrmals in Richtung vermeintlicher AngreiferInnen, ohne sich um die Folgen ihres Tuns zu kümmern. Seither hat er den Aufstieg dieser und anderer privater Schattenarmeen ausführlich dokumentiert. Die Bilanz: Ob paramilitärische Kleinbetriebe wie All Protection and Security oder Branchenführer wie Blackwater (heute: Xe) und Triple Canopy – die Kriegs- und Katastrophenkonzerne agieren alle in einem quasi gesetzlosen Raum und nutzen skrupellos die Situation aus.

Die internationale Rechtsprechung hat die Entwicklung der sogenannten Corporate Warriors, der Söldnermultis, bisher weitgehend verschlafen. Sie befasst sich höchstens mit Übergriffen einzelner Söldner, nicht aber mit dem legalen Rahmen, in dem die Sicherheitsindustrie als Ganzes operiert. Im Irak wurde deutlich, dass die Justiz eines schwachen Rechtsstaats der Komplexität der Schattenarmeen nicht gewachsen war und dass auch die USA, der Geschäftssitz der Sicherheitsfirmen,



Bereit für Kriege und Katastrophen: Trainingslager der Dyncorp-Söldner in Virginia (USA). Gehen sie jetzt erneut nach Haiti?

nicht fähig oder nicht willens waren, Recht zu sprechen; selbst schwere Verbrechen wie das Blackwater-Massaker in Bagdad im Herbst 2007 blieben ungeahndet. Wer wird in Haiti rechtlich zuständig sein für Söldner aus den USA oder aus Südafrika, die ihre paramilitärischen Dienste an US-amerikanische oder internationale Sicherheitskonzerne verkauft haben, welche ihrerseits im Auftrag von andern US- oder internationalen Konzernen agieren?

Die totale Gewalt

Für Haitis Bevölkerung allerdings sind US-Söldner ein vertrauter Anblick. In Haiti waren in den politisch instabilen neunziger Jahren neben regulären US- und Uno-Truppen regelmässig auch paramilitärische Kräfte – etwa der US-Sicherheitsfirma DynCorp – stationiert. Als Präsident Jean-Bertrand Aristide im Februar 2004 ein zweites Mal weggeputscht wurde, stand er selber unter

dem Schutz der privaten kalifornischen Sicherheitsfirma Steele Foundation, die, als es darauf ankam, offenbar von der US-Regierung zurückgepfiffen wurde.

Es war ausgerechnet US-Präsident Bill Clinton, der mit dem Joint Venture von regulärer Armee und privaten Streitkräften auf Haiti (und in Bosnien) den Grundstein zur Privatisierung und Ökonomisierung des Krieges legte. Unter seinem Nachfolger George Bush wurde diese Zusammenarbeit unter dem Banner «Krieg gegen den Terror» ausgeweitet und konsolidiert. Der damalige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld nannte den gewaltigen militärisch-industriellen Dienstleistungskomplex des 21. Jahrhunderts schlicht und einfach «total force». Was so viel heisst wie «totale Streitmacht» – oder «totale Gewalt»: eine Gewalt, die dem öffentlichen Diskurs und der demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen ist. ♦

→ Fortsetzung von Seite 9

besetzen liess, trat al-Turahi in den Ruhestand. Seitdem hat sie den Irak nicht mehr verlassen. «Seit dreissig Jahren leben wir im Kriegszustand, wie sollen wir das aushalten?!», fragt al-Turahi. «Der Iran-Irak-Krieg, der Einmarsch in Kuwait, dann die internationalen Sanktionen – und nun sieben Jahre Besatzung.» Der Irak sei zerstört, die besten Leute hätten das Land verlassen, und heute würden nur noch Diebe regieren.

Und als wollte sie sich selber Mut machen, sagt al-Turahi dann noch: «Nun sollen sich die gewählten Politiker rasch einigen, zum Wohle der Menschen und unseres Landes.»

«Goran, Goran!»

Ähnliche Stimmen sind nicht nur in Bagdad, sondern auch im kurdischen Nordirak zu hören. Auch hier wird den herrschenden Politikern Korruption, Vetternwirtschaft und Selbstbedienungspolitik vorgeworfen. Inmitten des überwältigenden Baubooms – massenhaft Hotels, Supermärkte und Luxuswohnanlagen werden errichtet – ist die Arbeitslosigkeit drastisch gestiegen. Die Gürtel aus Armutsquartieren um die Provinzmetropolen werden immer breiter.

Vor diesem Hintergrund betrat vor zwei Jahren eine neue Bewegung die politische Bühne: Die säkulare Bewegung Goran – Wechsel. Goran ist eine Abspaltung der Patriotischen Union

Kurdistan (PUK), der auch Dschalal Talabani angehört, der derzeitige Präsident des Irak. Die Partei hat einen sagenhaften Aufstieg hinter sich. Bei den Wahlen für das kurdische Regionalparlament, das die drei kurdischen Provinzen Dohuk, Erbil, Sulaimania vertritt, gewann Goran im Sommer fast ein Viertel der Abgeordnetenmandate. Und auch bei den nationalen Wahlen dürfte Goran der PUK viele Stimmen abgerungen haben.

Zuspruch findet Goran bei der Jugend und den Armen. «Die PUK-Politiker reden nicht mit den Leuten

Die besten Leute haben das Land verlassen, heisst es, heute regieren nur noch Diebe.

im Basar oder in den Dörfern, sie wissen nicht, was für Probleme sie haben», sagt Sarko Osman. Der Politikwissenschaftler, einst Mitarbeiter in Talabanis Presseabteilung in Bagdad, schloss sich 2007 selbst der neuen Bewegung an. Bei den Parlamentswahlen trat er dann für Goran an. Wie viel Unterstützung die Goran-Liste bei den Wahlen erhalten hat, bleibt abzuwarten. Auch die Parteien auf der konkurrierenden

Kurdistan-Liste sind nicht zu unterschätzen. Ihr gehören neben PUK und der Demokratischen Partei Kurdistan (KDP) zehn weitere kurdische Parteien an.

Bei einer Diskussion auf dem Markt in Said Sadik vor einigen Tagen hatten sich die meisten Leute spontan für Goran ausgesprochen. Weil sie sich von der Bewegung eine Verbesserung ihres täglichen Lebens erhofften, wie sie sagten. Doch als ein alter Mann in traditioneller Kleidung den anderen beipflichtete, wurde er plötzlich unsanft von einem herbeispazierten Mann unterbrochen. «Nicht KDP und PUK sind verantwortlich für die schwierige Lage der kurdischen Bevölkerung», widersprach er und begann dann die umherstehenden Männer als «ungebildetes Strassenvolk» zu beschimpfen.

Das Problem liege in der Geschichte des Landes, fuhr er dann fort. Die Franzosen und Briten hätten den Kurden nach dem Ende des Ersten Weltkriegs die Kontrolle über Mossul, Kirkuk und die umliegenden Provinzen und das dort lagernde Öl versagt, beschuldigte er die damaligen Siegermächte. Sie hätten die Gründung eines eigenen Staates verhindert. Wären die Kurden nicht verraten worden, stünde Kurdistan heute da wie die Ölstaaten am Golf.

Wem gehört der Norden?

Mossul sei nie ausschliesslich kurdisch gewesen, hatte Muhammad Taufik, Sprecher von Goran in Sulaimania, mir vor einigen Jahren gesagt. Immer schon hätten hier auch andere Ethnien gelebt:

Araber, Christinnen, Turkmenen. Während alle möglichen Kräfte – die USA, die Uno sowie die irakische und kurdische Regierung – sich über das erdölreiche Kirkuk streiten, lasse niemand die Leute in Kirkuk selber reden. Goran wolle, dass «die Einwohner aus Kirkuk selber entscheiden», so Taufik.

Und was meint Politikwissenschaftler und Goran-Kandidat Sarko Osman dazu? «Wir müssen realistisch sein», pflichtet er bei. «Die junge Generation Araber ist längst in Kirkuk verwurzelt und nicht mehr in Basra oder Nassarja, wo sie von Saddam Hussein zur Umsiedlung gezwungen wurden.» Der damalige Präsident des Irak hatte mit der Umsiedlung versucht, die politische Macht der KurdInnen in Kirkuk zu schwächen.

Eine Referendum über die Frage, ob Kirkuk dem kurdischen Autonomiegebiet zugeteilt werden soll, wie es die irakische Verfassung vorsieht, sei politisch nicht umsetzbar, sagt Osman. Genauso wenig wie eine Rück siedlung von Araberinnen in den Südirak und von Kurden nach Kirkuk, wie dies die kurdische Regionalregierung fordert: «Die Vergangenheit lässt sich nicht mit Gewalt zurückbringen.»

Viele KurdInnen träumen noch immer von dieser Vergangenheit, während ihr Alltag immer mehr dem der Iraker in anderen Teilen des Landes ähnelt. Vor einem halben Jahrhundert schon bezeichnete der Kurdenführer Mullah Mustafa Barzani das Öl als Fluch, das die Zukunft der KurdInnen verdorben habe. ♦

ITALIEN

Sanfte Strafen

Der G8-Gipfel vom Juli 2001 in Genua blieb vor allem wegen der schweren Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Globalisierungskritikerinnen in der Erinnerung haften. Mehr als 250 Gipfelgegner wurden damals mindestens drei Tage in der Haftanstalt Bolzaneto festgehalten und dabei nach eigenen Aussagen systematisch misshandelt. Polizistinnen und Gefängniswärter prügelten unter anderem mit Schlagstöcken auf die Verhafteten ein und liessen sie stundenlang mit erhobenen Händen an der Wand stehen. Auch das Sanitätspersonal beteiligte sich an den Misshandlungen und vernachlässigte die ärztliche Versorgung.

Am letzten Freitag, fast neun Jahre später, hat ein Berufungsgericht in Genua in zweiter Instanz die Vorwürfe der Verhafteten als korrekt angesehen und die Schuld von 44 Angeklagten festgestellt. Dennoch verurteilte das Gericht nur 7 Angeklagte zu Haftstrafen zwischen zwölf Monaten und drei Jahren. Die Straftaten der übrigen gelten mittlerweile als verjährt. Die Entschädigungssumme an die Opfer (die Tageszeitung «La Repubblica» spricht von fünfzehn Millionen Euro) übernimmt der Staat. Jan Jirát

USA

Gewaltbereit

Die Zahl rechtsextremer und bewaffneter Gruppen in den USA ist im vergangenen Jahr um fast 250 Prozent angestiegen: Existierten 2008 noch 149 sogenannte «Hassorganisationen», waren es 2009 bereits 512, wovon 127 als paramilitärisch gelten. Das hat eine aktuelle Studie des Southern Poverty Law Center (SPLC) ergeben. Für die renommierte Bürgerrechtsgruppe, die seit den siebziger Jahren die US-amerikanische Rechtsextremenszene beobachtet, hat diese besorgniserregende Zunahme mehrere Gründe: Mit Barack Obama sitzt erstmals in der Geschichte des Landes ein Afroamerikaner im Weissen Haus – zum Entsetzen von weissen RassistInnen. Hinzu kommen der demografische Wandel der US-amerikanischen Gesellschaft, eine marode Wirtschaft und eine hohe Arbeitslosigkeit.

Laut SPLC-Studie lassen sich erste Anzeichen einer zunehmenden Gewaltbereitschaft der radikalen Rechten beobachten. Das bestätigt auch ein kürzlich erschienener Bericht der britischen Zeitung «Guardian», die eine ganze Reihe von mutmasslichen Attentaten auf Obama und rassistisch motivierten Morden seit Juni 2008 auflistet. Alarmierend ist laut SPLC-Studie auch, dass sich die radikale und rassistische Bewegung «beachtliche Wege in die konservative politische Szene» erschlossen hat.

Jan Jirát

Der SPLC-Bericht:
www.tinyurl.com/woz-splc

INDIEN

Mehr Frauen!

Vierzehn Jahre hat es gedauert, Anfang dieser Woche – fast pünktlich zum Internationalen Frauentag – war es dann so weit: Am Dienstag stimmte das indische Oberhaus mit 191 zu 1 Stimme für ein Gesetz, das den Inderinnen ein Drittel aller Parlamentssitze reserviert. Falls das Unterhaus und über die Hälfte der 28 Bundesstaaten zustimmen, werden im 545-sitzigen Unterhaus künftig 181 Frauen vertreten sein; bisher sind es 59. Das Gesetz war nicht nur von QuotengegnerInnen bekämpft worden – Frauenorganisationen hatten einen höheren Anteil und eine stärkere Berücksichtigung der Angehörigen unterer Kasten verlangt.

In Indien werden zwar oft Frauen in hohe Ämter gewählt (Pratibha Patil ist Staatspräsidentin, Meira Kumar Parlamentspräsidentin, Sonia Gandhi Vorsitzende der Kongresspartei), in den Parlamenten sind sie jedoch deutlich unterrepräsentiert. Nur ganz unten sind sie besser vertreten. Auf Gemeindeebene gibt es vielerorts die 33-Prozent-Regelung; dort soll die Quote nun auf 50 Prozent erhöht werden.

Joseph Keve, Bombay